

Antragsbereich U / **Antrag U6**

**AntragstellerInnen:** Jusos Bayern

**Empfänger:** Bundesparteitag

Landesparteitag S&D-Fraktion im EP

**U6: Biodiversität in der Agrarlandschaft schützen**

Wir fordern, dass der Erhalt der Biodiversität in Deutschland einen größeren Stellenwert erhält

und bei allen politischen Entscheidungen – insbesondere Agrarpolitik und Infrastruktur –

berücksichtigt wird.

Die Vorgaben der EU– Biodiversitätsstrategie müssen möglichst schnell umgesetzt werden und 30

Prozent der marinen und terrestrischen Fläche unter Schutz gestellt werden. Bei diesen

Schutzgebieten muss besonderes Augenmerk auf ihre Wirksamkeit gelegt werden.

Dementsprechend soll darüber hinaus in Zusammenarbeit mit Nachbarländern eine Kartierung

der Schutzgebiete erfolgen, um bessere Kohärenz und Konnektivität der Natura2000– Gebiete

sicherzustellen. Innerhalb dieser Schutzgebiete muss regelmäßiges Monitoring – gerade auch der

Pflanzenwelt – stattfinden, um ihre Wirksamkeit zu kontrollieren. Diese Zahlen sollen innerhalb

30 der Kartierung der Gebiete vermerkt und einsehbar sein. Ein solches Monitoring legt auch die

Basis für rechtliche Vorgaben für den Erhalt der Biodiversität und Sanktionen bei Nicht-

35

Einhaltung und kann bei der Bauplanung helfen, damit besonders wertvolle Flächen nicht

versiegelt werden. Zudem muss Deutschland sich  
40 innerhalb eines klaren Zeitrahmens mit

Zwischenzielen zu der Renaturierung von 15 Prozent der Landesfläche verpflichten – hier mit

45 Fokus auf Gebiete wie Moore, die für Klimaschutz und Biodiversität besonders wichtig sind.

Ökobetriebe haben eine deutlich bessere Biodiversitätsbilanz, deshalb fordern wir den Ausbau

50

von regionalen Programmen zur Förderung des Ökolandbaus wie dem bayerischen BioRegio 2030.

Ein Fokus muss hier darauf liegen einen Markt mit  
55 fairen Preisen für ökologische und regionale

Produkte zu schaffen, denn einen vielfältigen und nachhaltigen Anbau gibt es nur, wenn dieser

60 sich lohnt. Ein Marktzugang und Zugang zu Förde-

rungsmitteln sollen auch für konventionelle Betriebe, die biodiversitätsfördernde Maßnahmen ergreifen, bestehen, um ihnen die Transformation zu erleichtern. Besondere Förderung sollen Mischkulturen mit großer genetischer Variabilität, Weidenutztierhaltung, sowie Agroforstsysteme erhalten.

Durch die Überdüngung in Deutschland wird nicht nur das Grundwasser verunreinigt, sie sorgt auch dafür, dass neben den Kulturpflanzen Beikräuter schneller wachsen und damit die Kulturen durch die hohe Pflanzdichte anfälliger werden für Schädlinge. Der folgliche Einsatz von Pestiziden und Herbiziden hat erhebliche Auswirkung auf die Artenvielfalt. Zusätzlich werden auf nährstoffarme Bedingungen angepasste Pflanzenarten verdrängt. Wir fordern eine Reduktion der erlaubten Stickstoffüberschüsse von 50 Kilogramm pro Hektar auf 30 kg pro Hektar und entsprechende Kontrollen. Dies gelingt nur mit einer drastischen Reduktion der Massentierhaltung und in Kooperation mit den Landwirt\*innen. In einer Übergangsphase soll es Bonuszahlungen pro reduziertes Kilogramm geben, um einen Anreiz zur Umstellung zu schaffen.

Wir lehnen den übermäßigen Anbau von Mais und Raps als Energiepflanzen in Monokultur ab, da sie dem Boden und damit seiner Artenvielfalt und Kohlenstoffspeicherkapazitäten schaden. Wir fordern eine Begrenzung der erlaubten Menge von diesen Pflanzen aus Monokultur bei den Einsatzstoffen im Betrieb von Biogasanlagen auf 40 Prozent – aktuell stammen 80 Prozent der Einsatzstoffe aus Energiepflanzen. Um Alternativen zu finden, fordern wir eine

95 Subvention des Anbaus alternativer Energiepflanzen  
in Mischkultur sowie Gelder für die Forschung in dem  
Bereich. Möglich ist auch die Förderung des Anbaus  
von nachhaltiger Biomasse in Gebieten, in denen es  
100 Auflagen von Gebiets- oder Gewässerschutz gibt und  
die dadurch nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmittel-  
produktion stehen.

Landwirt\*innen, die Interesse an Maßnahmen zur  
Erhaltung der Biodiversität haben, brauchen leicht zu-  
105 gängliche Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung.  
Wir fordern staatliche Beratungsstellen, die Expertise  
im Bereich ökologische Landwirtschaft und Biodiver-  
sität besitzen und Landwirt\*innen weiterbilden. Die  
vorhandenen Programme müssen außerdem besser  
110 beworben werden.

Fehlende Einhaltung von Regelungen zur Biodiversi-  
tät muss Konsequenzen haben, dafür brauchen wir  
eine engere Kopplung von Agrar- und Umweltpolitik,  
115 um einen Rechtsrahmen mit einer umweltschutzbe-  
zogenen Betreiber\*innenpflicht zu schaffen.

Langfristig fordern wir eine Abwendung von dem ak-  
tuellen Modell der Direktzahlungen der gemeinsamen  
120 europäischen Agrarpolitik (GAP), denn diese fördern  
Fläche vor Gemeinwohl und sind damit eine Brem-  
se auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Biodi-  
versität. Stattdessen fordern wir erhöhte Direktzah-  
lungen für Umweltschutzprogramme und Ausweitung  
125 beispielsweise der Kulturlandschaftsprogramme und  
Landesnatuschutzprogramme.